

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 07.09.2017

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:39 Uhr - 18:07 Uhr

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Philipp Rochold

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 9 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Peter Borm

privat

Herr Alexander Dierks

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

dienstlich

Frau Solveig Kempe

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

privat

Herr Klaus Möstl

Frau Kerstin Seidel

dienstlich

Frau Rebecca Thielemann

privat

Herr Gordon Tillmann

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

dienstlich

Herr Michael Walter

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

privat

Vorsitzender

Herr Philipp Rochold

Verspätetes Erscheinen

Frau Christin Furtenbacher

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

17:12 Uhr, TOP 5
öffentlich, privat

Vorzeitiges Verlassen

Frau Katrin Pritscha

Fraktion DIE LINKE

17:34 Uhr, TOP 6
öffentlich, dienstlich

Frau Susanne Schaper

Fraktion DIE LINKE

17:49 Uhr, TOP 6.1
öffentlich, dienstlich

Ausschussmitglieder

Frau Steffi Barthold

SPD-Fraktion

Frau Dr. Heidi Becherer

SPD-Fraktion

Herr Dr. Alexander Haentjens

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

Frau Angela Müller

Fraktion DIE LINKE

Herr Hans-Joachim Siegel

Fraktion DIE LINKE

Herr Jörg Vieweg

SPD-Fraktion

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Christian Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	Vertretung für Herrn Michael Walter
----------------------	-------------------------------	--

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Frau Christine Pastor

beratend Teilnehmende

Frau Petra Liebetrau Behindertenbeauftragte

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Herr Dr. Harald Uerlings	Amtsarzt, Amtsleiter Amt 53
Frau Cornelia Utech	Amtsleiterin Amt 50
Frau Dr. Nicola Wagner	Sachgebietsleiterin SG 50.03
Herr Wulf Karl	Gesundheitsberater
Frau Dr. Hönicke	Abteilungsleiterin Kinder-, Jugendgesundheitsdienst
Herr Dr. Spalteholz	Fachzahnarzt, Sachgebietsleiter Kinder-, Jugendzahnärztlicher Dienst

Gäste

Frau Heinze Geschäftsführerin Jobcenter Chemnitz

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Rochold** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 10.08.2017
-

Zur Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

- 4 Bericht zum Modellprojekt Inklusive Schulbegleitung
Berichterstatter: Frau Utech, Amtsleiterin Amt 50
-

Frau Utech (Amtsleiterin Sozialamt) berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation zum Modellprojekt Inklusive Schulbegleitung. Sie beschreibt die Ausgangssituation, die Entwicklung, das Modellprojekt sowie dessen Vorteile. Zum Schluss der Präsentation geht sie auf die Beteiligten ein. **Frau Utech** sagt, dass das Projekt auch an einer staatlichen Grundschule durchgeführt werden sollte, jedoch es an dieser Schule vor Schuljahresbeginn eine Veränderung in der Schulleitung gab. Die Arbeitsgruppe hat sich nun entschlossen die Grundschule Rabenstein und gegebenenfalls die Grundschule Reichenbrand in Betracht zu ziehen. Diese Arbeitsgruppe wird sich aller zwei Monate zusammensetzen, das gesamte Projekt nach einem Jahr evaluieren und prüfen, ob man das auf die ganze Stadt ausdehnen könne.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) fragt, ob man sich noch in dem Ziel einig sei, dass die Vision einer inklusiven Gesellschaft etwas koste und dass es Investitionen sind, die etwas Gutes seien.

Frau Utech spricht sich für die Inklusion aus, sagt aber auch, dass das auch seine Grenzen habe. Sie kann sich schwer vorstellen, dass Kinder mit schwersten Behinderungen in eine Regeleinrichtung gehen können, da auch gesunde Kinder einen Anspruch darauf haben sich voll entfalten zu können. **Frau Utech** sagt abschließend, dass man für Inklusion auch finanzielle Mittel benötigt, man aber nicht sagen darf, dass Inklusion immer Geld kostet.

Herr Bürgermeister Rochold sagt, dass **Frau Liebetrau** schon gezeigt habe, was alles gemacht wurde und keine finanziellen Mittel benötigt hat. Auch er ist der Auffassung, dass da wo es möglich ist die Inklusion vorangetrieben werden soll, jedoch auch immer eine Abwägung stattfinden muss.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob die Bildungsagentur mit am Tisch sitze und der Klassenteiler bzw. kleinere Klassen thematisiert werden.

Herr Bürgermeister Rochold sagt, dass seit dem 01.08.2017 die neue Klassenbildungsverordnung gilt. Bisher lag der Klassenteiler, wenn ein Schüler inklusiv beschult werden musste, bei 25. Nun ist man auf 22 Schüler heruntergegangen.

- 5 Umsetzung zum BA-012/2017 - Auswertung der Vor-Ort-Besichtigung und des Workshops in Annaberg-Buchholz am 13.06.2017 und Verständigung zum weiteren Vorgehen
Berichterstatter: Herr Grosche, Leiter Suchtberatung Abteilung 53.4
-

Herr Grosche (Leiter Suchtberatung) berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Auswertung der Vor-Ort-Besichtigung und des Workshops in Annaberg-Buchholz am 13.06.2017 und über die Verständigung zum weiteren Vorgehen. Er sagt zu Beginn, dass der Stadtrat im Mai festgelegt hat, zu prüfen, ob dieses Präventionsangebot nach Chemnitz geholt werden kann und mit welchen Kosten das verbunden sein würde. An der Besichtigung haben die Vertreter der Verwaltung, die etwas mit Prävention zu tun haben, Stadträte und freie Träger teilgenommen. In der Präsentation geht er auf Stellungnahmen, Empfehlungen und die Umsetzung ein. Als Ergebnis stellt er fest, dass das Angebot des „Anti-Drogen-Zug“ in der Gesamteinschätzung nicht zu empfehlen sei.

Frau Stadträtin Barthold (SPD-Fraktion) teilt mit, dass die zwei Moderatoren von der Stadt gestellt werden und somit auch bezahlt werden müssten und dass der gezeigte Film nicht neuzeitlich genug wäre. Sie sagt weiter, dass die Idee aufkommen sei gemeinsam etwas mit einer Arbeitsgruppe zu machen. Als Beispiel nennt sie die Anmietung einer Wohnung um etwas zu schaffen, was ständig für die Zukunft Bestand hätte. Abschließend sagt **Frau Stadträtin Barthold**, dass sie das Vorhaben nicht befürwortet.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) findet die eingebrachte Idee von **Frau Stadträtin Barthold** zu aufwändig. Die Verwaltung hat den konkreten Vorschlag gebracht Geld in Vorhandenes zu stecken und dann solle sich fraktionsübergreifend in den nächsten Tagen Gedanken gemacht werden, ob man das aufnimmt.

Für **Herrn Bürgermeister Rochold** ist das kein Problem. Er informiert, dass heute

das LIGA-Gespräch stattgefunden hat, mit einem ähnlichen Ergebnis wie **Frau Stadträtin Barthold** es beschrieben hat. Außerdem haben sie ihre Mitarbeit angeboten.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass die Aufnahme der Idee und die Besichtigung richtig waren. Er stimmt Frau Schaper zu.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob jetzt die Verwaltung oder die Fraktionen handeln sollen.

Herr Bürgermeister Rochold antwortet, dass die Fraktionen das nochmals untereinander besprechen können.

Frau Schaper fragt, ob sie die Power-Point-Präsentation haben könnten.

Herr Bürgermeister Rochold bejaht dieses und sagt weiter, dass der Beschluss, dass der Zug nach Chemnitz geholt werden soll, aufgehoben werden müsse.

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) erklärt, dass das ein Prüfauftrag an die Verwaltung gewesen sei, welcher sich jetzt nun nach der erfolgten Prüfung erledigt habe.

Herr Bürgermeister Rochold sagt, dass sie dann einen neuen Antrag stellen müssten, damit geklärt sei, wie es weiter gehe.

6 Verschiedenes

6.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Frau Dr. Hönicke (Abteilungsleiterin Kinder-, Jugendgesundheitsdienst) und **Herr Dr. Spalteholz (Fachzahnarzt, Sachgebietsleiter Kinder-, Jugendzahnärztlicher Dienst)** erklären anhand einer Power-Point-Präsentation aktuelle Gesundheitsdaten über die Schulaufnahmeuntersuchung sowie einige Daten vom Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienst. Sie sagt gleich zu Beginn, dass die Schulaufnahmeuntersuchungen in Sachsen wie bisher bestehen bleiben und diese durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst zu 100 Prozent durchgeführt werden. Die Schulaufnahmeuntersuchung habe sowohl individualmedizinische als auch sozialkompensatorische Inhalte und endet in 14 von 16 Bundesländern mit einem schulärztlichen Gutachten, so auch in Sachsen. Zu den Untersuchungsquoten stellt **Frau Dr. Hönicke** fest, dass die Untersuchungen zur Einschulung zu 100 Prozent, in den KITA zu über 80 Prozent und bei den Klassen zwei und sechs im Förder-schulbereich in Chemnitz vollständig erfüllt werden. Im zahnärztlichen Bereich wurden dieses Jahr die Oberschulen und Gymnasien nahezu vollständig untersucht. Anschließend werden ausgewählte Befundhäufigkeiten in den KITA und bei den Schulaufnahmeuntersuchungen gezeigt. Beispielsweise sind Auffälligkeiten in den KITA bei der Herabsetzung des Hörvermögens zu verzeichnen, da die Kinder mehr von Infekten betroffen seien. Zur Zeit der Schulaufnahmeuntersuchung liege die Anzahl der Kinder, die in Behandlung sind jedoch im normalen Bereich. **Herr Dr. Spalteholz** gibt für den zahnärztlichen Bereich noch den Hinweis, dass es einen neuen Zahngesundheitsreport für Chemnitz gibt, der jedoch nicht öffentlich ist aber jederzeit bei ihm eingesehen werden kann. Abschließend geht er auf Veranstaltung wie zum Beispiel den Tag der Zahngesundheit 2016 oder einen Gesundheitstag in einer Oberschule 2017 ein und gibt den Hinweis, dass Ideen jederzeit geäußert werden können.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob für das nächste Jahr bei den Untersuchungen der Förderbedarf für die Schüler amtlich festgestellt wird.

Frau Dr. Hönicke antwortet, dass es wie in den vergangenen Jahren durchgeführt werde und die Schulaufnahmetest sowie die Empfehlungen wie bisher gehandhabt werden.

Herr Stadtrat Siegel sagt darauf, dass das Schulgesetz aber etwas anderes sage.

Frau Dr. Hönicke entgegnet, dass das Schulgesetz ab dem 01.08.2018 in Kraft trete, die Schulaufnahmeuntersuchungen aber jetzt begonnen werden. Die Förderempfehlung bleibe wie bisher bestehen.

Herr Stadtrat Siegel teilt mit, dass bisher so informiert wurde, dass es mit dem neuen Schulgesetz keine Feststellung des Förderschwerpunktes gäbe.

Frau Dr. Hönicke sagt darauf, dass trotz neuer gesetzlichen Regelungen keine Änderung erfolgt. Sie stellt klar, dass die Untersuchung, die durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst erfolgt, nicht das Verfahren darstellt. Diese Untersuchungen haben nur einen empfehlenden Charakter. Das Feststellungsverfahren wird dann mit der Bildungsagentur in Zusammenarbeit mit den Schulleitern durchgeführt.

Herr Bürgermeister Rochold kann sich erinnern, dass das, was Herr Siegel sagte in einer Diskussion vor dem Schulgesetz im Rahmen der Inklusion dahingehend geführt wurde, dass die Untersuchungen in der ersten Klasse nicht mehr stattfindet, weil man zunächst Inklusion betreiben möchte. Er teilt mit, dass das nochmals mitgenommen und geklärt wird.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) bedankt sich für die tolle Arbeit und fragt wie die Zusammenarbeit mit dem Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) ist. Außerdem möchte sie wissen, ob genug Plätze vorhanden sind, dass die Kinder zeitnah Hilfestellung für ihre Problemlagen, die außerhalb von körperlichen Leiden sind, bekommen.

Frau Dr. Hönicke sagt, dass ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit gut laufe.

Frau Schaper fragt nach einer Durchschnittszeit.

Frau Dr. Hönicke kann das nicht konkret beantworten und verweist auf Frau Dr. Unfried. Sie sagt, dass eine Zeit zwischen einem halben und einem Jahr passieren könne. Außerdem wäre eine Anmeldung am SPZ zum Zeitpunkt der Schulaufnahme sehr spät.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) fragt nach den kleinen Ausschlägen bei den gezeigten Diagrammen zum Beispiel zu den Themen Grobmotorik oder Hören und möchte wissen, ob das daran liegt, dass mehr Kinder untersucht worden sind. Des Weiteren möchte er wissen, wie sie die Gesundheit der Kinder in der Schuleingangsphase einschätzen. Zum Thema des neuen Schulgesetzes sagt **Herr Stadtrat Vieweg**, dass in diesem von einer freiwilligen Phase des Verzichts der Schuleingangsuntersuchung vor Klasse eins die Rede sei.

Frau Dr. Hönicke beantwortet die Frage zur Schülersgesundheit damit, dass ein Mehrbedarf zu erwarten sei. Die kleinen Ausschläge im KITA-Bereich zeigen die Auswertungen des Hörtest und der scheinbare Anstieg ist ihrer Meinung nach dadurch bedingt, dass zunehmend Dreijährige Kinder untersucht werden und diese

häufiger Infekte haben. Außerdem werden die Kinder in den Wintermonaten untersucht, wodurch viele krank seien oder waren. Das gäbe aber keinen Anlass zur Sorge, da es sich in der Grundschule wieder normalisiert. Des Weiteren erklärt sie, das beim Thema Sprache bei den Schulanfängern 17 Prozent bereits eine Behandlung erhalten, was höher als bei anderen Städten in Sachsen sei.

Herr Becker (sachkundiger Einwohner) stellt die Frage an **Frau Dr. Hönicke**, ob es Gründe gibt, warum nicht mehr als drei Prozent von den 30 Prozent der untersuchten Dreijährigen zu 27 Prozent der untersuchten Kinder zu Schulbeginn zurückgedrängt werden können.

Frau Dr. Hönicke antwortet, dass sich die Tests unterscheiden. Warum sich das nur um drei Prozent ändert kann sie nicht sagen. Man müsse sich hier die Kinder einrichtungsbezogen anschauen. Möglicher Weise gibt es Kinder, die kein Sprachangebot zu Hause haben. Außerdem gibt es Einrichtungen, die einen hohen Migrationsanteil haben, wodurch es schwer sein könnte deutsch zu vermitteln.

Herr Becker sagt, dass Migration nicht der Hintergrund seiner Frage war. Des Weiteren sagt er, dass es diese Besonderheiten schon die ganze Zeit gegeben hat und da ist die Frage, wenn schon so viele Kinder in Behandlung sind, ob die Angebote und Verordnungen ausreichen.

Frau Dr. Hönicke antwortet, dass es ein komplexes Problem sei. Zu den Versorgungsangeboten sagt sie, dass man mit den Kindern arbeiten können müsse. Die Ärzte mit ihren Praxen entscheiden, wann welche Hilfe initiiert wird.

Herr Bürgermeister Rochold teilt mit, dass es keine weiteren Fragen gibt und dankt **Frau Dr. Hönicke** und **Herrn Dr. Spalteholz**. Er erteilt **Herrn Karl** zum Thema Sommerferiengestaltung „Gesunde Ernährung“ das Wort.

Herr Karl (Gesundheitsberater) berichtet über den Ferienkalender und sagt, dass er in den sechs Wochen Sommerferien 697 Kinder für das Thema Ernährung begeistern konnte. Er nennt seine Beteiligten wie beispielsweise die Verbraucherzentrale und die Technische Universität. Es fanden drei Aktionen statt. Sowohl Kinder und Eltern waren begeistert. Er möchte es schaffen, nächstes Jahr vielleicht 1000 Kinder sowie sozial schwache Familien dafür zu begeistern. Außerdem sagt **Herr Karl**, dass die meisten Angebote für die Kinder nichts gekostet haben. Abschließend sagt er, dass es in Dresden die Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung gibt, welche den Beitrag komplett gefördert hat. Die Ausgaben lagen im Endeffekt bei 680 Euro.

6.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

7 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIELINKE)** und **Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** bestimmt.

*

*

*

Herr Bürgermeister Rochold schließt die Sitzung.

.....
Datum Philipp Rochold
 Vorsitzender
 des Ausschusses

.....
Datum Siegel
 Mitglied
 des Ausschusses

.....
Datum Vieweg
 Mitglied
 des Ausschusses

.....
Datum Müller
 Schriftführerin